



Ivonne Rammoser
stellv. Vorsitzende
Deutscher Pflegeverband e.V.

Editorial

Vielfalt als Chance

Die Healthcare-Branche steht vor immensen Herausforderungen, getrieben durch demografische Veränderungen, technologische Innovationen und steigende Kosten. Leider reichen die Maßnahmen des kontrovers diskutierten Krankenhaustransparenzgesetzes nicht aus, um Probleme wie die drohende Insolvenzwelle zu adressieren.

Ein besonders drängendes Problem ist der Fachkräftemangel, der die Qualität und Zugänglichkeit der Versorgung bedroht. Destatis zufolge könnten bis 2036 rund 13 Millionen Menschen, hauptsächlich aus der Babyboomer-Generation, in den Ruhestand gehen. Dies wird den Arbeitsmarkt erheblich beeinflussen und könnte dazu führen, dass bis zu einem Drittel der benötigten Fachkräfte im System fehlen. Hinzu kommt ein hoher Krankenstand, wie die AOK Rheinland/Hamburg für 2023 mit 7,18 Prozent im Raum Rhein-Ruhr und sogar 9,55 Prozent in der Pflegebranche berichtet. Diese Entwicklungen unterstreichen die Notwendigkeit, qualifizierte Einwanderung in größerem Umfang zu fördern.

Ohne die Unterstützung von Fachkräften mit Migrationshintergrund kollabiert hierzulande die Patientenversorgung. Die wachsende Ablehnung und die restriktiven Einwanderungspolitiken, wie sie von rechtsextremen Parteien gefordert werden, mindern die Attraktivität Deutschlands für internationale Fachkräfte. Eine pluralistische, offene Gesellschaft ist für eine zukunftsfähige und professionelle Pflege notwendig. Die Vielfalt in der Branche, die Menschen verschiedener Religionen, Herkunft, Hautfarben und sexueller Orientierungen vereint, ist eine ihrer größten Stärken. Der Deutsche Pflegeverband e.V. steht für eine offene, demokratische Gesellschaft, in der jeder Mensch die Freiheit hat, sein Leben nach seinen Vorstellungen zu gestalten und im Gesundheitswesen gleichbehandelt wird. Unser Plädoyer: Wertschätzung, Respekt, Weltoffenheit und Diversität sind Grundwerte unserer Gesellschaft, um Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten.

Ihre
Ivonne Rammoser
Stellv. Vorsitzende



Gegen Rassismus

Der Deutsche Pflegeverband e.V. (DPV) stellt sich entschieden gegen Rechts-extremismus und Rassismus. Dr. Markus Mai, Vorsitzender des DPV, erklärt: „Die landesweiten Großdemonstrationen sind in Anbetracht der aktuellen politischen Entwicklungen ein wegweisendes Zeichen, das wir ausdrücklich unterstützen.“ Der DPV vertritt uneingeschränkt demokratische Werte und setzt sich für Vielfalt und Toleranz in der Gesellschaft ein. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage.

dpv-online.de

Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • Pflegekrise: Wie können wir sie überwinden?
 - Krankenhausreform – Ein Standpunkt von Dr. Markus Mai
- 3 • Leiharbeit in der Pflege eindämmen
- 4 • Gemeinsam für eine dauerhaft starke Pflege
- 5 • Viele junge Pflegekräfte erwägen Berufsaufgabe
 - AOK Rheinland/Hamburg verzeichnet Rekord-Krankenstand
 - Jubilare
- 6 • Ein globales Bewusstsein für Gesundheit schaffen
 - Bayerns kostenlose Pollenflug-App
- 7 • Aus den Ländern: Hessen und Thüringen
- 8 • Impressum

Pflegekrise: Wie können wir sie überwinden?

(Berlin) Laut Prognosen des Statistischen Bundesamtes benötigt Deutschland bis 2049 zwischen 280.000 und 690.000 zusätzliche Pflegekräfte, ein drastischer Anstieg gegenüber den 1,62 Millionen Pflegekräften von 2019.

Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR), unterstreicht die Brisanz: Schon im Jahr 2034 könnten 350.000 Pflegekräfte fehlen, ein Szenario, das durch den aktuellen Mangel von 115.000 Vollzeitkräften in der Langzeitpflege noch verschärft wird. Diese Situation bedrohe die pflegerische Versorgung und gefährde unsere Demokratie. Um die Pflegekrise zu

meistern, sei ein Bündel an Maßnahmen erforderlich, um den Beruf attraktiver zu machen. Das geplante Pflegekompetenzgesetz könne hierbei eine Schlüsselrolle spielen, indem es durch Neustrukturierung von Kompetenzen im Gesundheitswesen den Pflegeberuf attraktiver macht und zu einer besseren Versorgung beiträgt. Doch darüber hinaus seien weitere Schritte notwendig:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Selbstverwaltungsstrukturen und Bildung im Pflegebereich
- Erleichterung der Rückkehr in den Beruf durch Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung

- Vereinfachung der Fachkräfteeinwanderung
- Vorantreiben der Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz
- Unterstützung der Angehörigen- und Nachbarschaftspflege
- Unterstützung des gesellschaftlichen Ehrenamts und Ausbau der Prävention.

Es bedürfe zudem Änderungen in allen Versorgungsstrukturen, um die Sektorengrenzen aufzulösen, sowie einer drastischen Vereinfachung der Gesetze und Prüfstrukturen auf die zentralen Themen. Bürokratische Belastungen müssen durch den Gesetzgeber wie aber auch in den Einrichtungen selbst reduziert werden. „Wir benötigen ein umfassendes gesellschaftliches Bewusstsein für unsere eigene Verantwortung für die Pflege unserer Mitmenschen. Dies in allen Altersgruppen, beginnend in den Grundschulen und über den Renteneintritt hinaus. Allein die beruflich Pflegenden werden die pflegerische Versorgung nicht sicherstellen können. Das gesamte System der Pflege hat bereits heute seine Kapazitätsgrenze überschritten“, so Christine Vogler.



© jacoblund / Getty Images / iStock (Symbolbild)

Das geplante Pflegekompetenzgesetz soll den Beruf attraktiver machen.

deutscher-pflegerat.de

Krankenhausreform – Ein Standpunkt von Dr. Markus Mai

Der Vorsitzende des Deutschen Pflegeverbandes e.V. äußert sich zur aktuellen Diskussion um die Krankenhäuser:

„Die Debatte um eine Krankenhausreform, die diesen Namen auch wirklich verdient, setzt sich fort. In einer Protokollnotiz im Rahmen der Verhandlungen zum Transparenzgesetz hat die Bundesregierung die Einrichtung eines Transformationsfonds zugesagt. Dieser Fonds soll Einrichtungen bei der geplanten Umstrukturierung finanziell unterstützen. Das ist eine begrüßenswerte Initiative. Jedoch ist die

vorgesehene Finanzierung des Fonds, bei der die Hälfte der 50 Milliarden Euro aus Krankenversicherungsbeiträgen stammen soll, nicht zu akzeptieren.

Die Bereitstellung leistungsfähiger Krankenhäuser stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Folglich muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und den Fonds vollständig aus Steuermitteln finanzieren.“



Dr. Markus Mai, Vorsitzender des Deutschen Pflegeverbandes e.V. (DPV)

© DPV

Entschießung des Bundesrates

Leiharbeit in der Pflege eindämmen

Am 2. Februar 2024 entschied der Bundesrat über eine Initiative aus Bayern zur Eindämmung der Leiharbeit in der Pflege. Der Entschließungstext wurde im Juni 2023 im Plenum vorgestellt, dann vertagt. Auf Initiative von Bayern wurden die Beratungen wiederaufgenommen und über die Empfehlungen der Fachausschüsse abgestimmt.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, den Einsatz von Leiharbeit in der Pflege im Krankenhaus und in stationären sowie ambulanten Einrichtungen zu begrenzen. Gleichzeitig seien die Arbeitsbedingungen der Stammbeschäftigten zu verbessern. Gestrichen wurde die Aufforderung, alle „rechtlichen Möglichkeiten zur Rückführung oder Begrenzung von Leiharbeit in der Pflege auszuschöpfen“, um einem drohenden Ungleichgewicht zwischen Leiharbeitsunternehmen und Leistungserbringern im Markt entgegenzuwirken. Der Bundesrat spricht sich für folgende Maßnahmen aus:

- Gleichbehandlung der Beschäftigungsgruppen.
- Deckelung des Anteils von zulässig einsetzbaren Leiharbeitskräften.
- Verrechnungssätze der Leiharbeitsunternehmen im Bereich der Pflege deckeln.
- Förderprogramm zur Etablierung von Springerpools, Ausfallkonzepten und einer verbindlichen Dienstplangestaltung.
- Mehrkosten für Springerkonzepte in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen dürfen nicht von den Pflegebedürftigen getragen werden.
- Einrichtungsübergreifende Konzepte und Springerpools auch für kleine Einrichtungen ermöglichen.
- Der Bundesrat spricht sich dafür aus zu prüfen, ob und auf welche Weise die Leiharbeitsfirmen in die Finanzierung der Pflegeausbildungen einbezogen werden können.

Wie sieht es der DPR?

Irene Maier, Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR): „Leiharbeit in der Pflege darf nicht zur Regel werden und auch nicht zu einem Konflikt zwischen fest angestelltem Personal

und Leiharbeitnehmenden führen. Das Wichtigste ist, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, insbesondere durch ausreichend Personal und belastbare Ausfallkonzepte.“ Der Einsatz von Springerpools sei nur dann sinnvoll, wenn genügend festes Pflegepersonal vorhanden ist. Angesichts der prekären Personalsituation sei es unwahrscheinlich, dass dies für die meisten Unternehmen eine nachhaltige Lösung ist. „Eigentlich sollte Leiharbeit in der Pflege verboten werden, wenn sich die Leiharbeitsunternehmen auf Kosten der Solidargemeinschaft bereichern. In Notfällen kann der Einsatz von Leiharbeit jedoch helfen, solange klare Regeln gelten.“

Leiharbeitsunternehmen an Ausbildungskosten beteiligen

Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit liege bei den Kranken- und Pflegekassen. „Daher müssen sie die anfallenden Kosten für den Einsatz von im Bedarf notwendiger Leiharbeit zu 100 Prozent übernehmen. Für die Leiharbeitsunternehmen muss es eine Kostenbegrenzung geben. Sie sollten außerdem an den Ausbildungskosten beteiligt werden und es müssen Fragen zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Mindestqualifikationen, gleichwertiger Bezahlung, Haftung und Vertragsverletzungen geklärt werden“, so Maier weiter.

Der DPR begrüßt die Vorschläge des Bundesrates, einen Preis- und Vergütungsdeckel einzuführen und einen externen Personalschlüssel für Springer- und Ausfallkonzepte zu vereinbaren, der über die Kranken- und Pflegekassen finanziert werde genauso wie das Ziel, gleichwertige Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu schaffen, um Anreize für Leiharbeit einzudämmen. „Bei



Leiharbeit in der Pflege darf nicht zur Regel und auch nicht zum Konflikt zwischen fest angestelltem Personal und Leiharbeitnehmenden werden.

fehlender Wirksamkeit einzelner Maßnahmen müssen sie schnell anpassbar sein. Hierzu bedarf es einer Öffnungsklausel mit den Kranken- und Pflegekassen, diesen Weg auch zu gehen und die Finanzierung der Kosten vollständig sicherzustellen.“

Von Arbeitnehmerüberlassung abgrenzen

Von der Zeitarbeit, Leiharbeit oder Arbeitnehmerüberlassung abzugrenzen ist die unbefristete Arbeitnehmerüberlassung, bei der Organisationen Mitarbeiter über Gestellungsverträge langfristig an Unternehmen „ausleihen“. Daher treffen die oben genannten Ausführungen nicht auf die Gestellung zu, wie sie beispielsweise von den Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz praktiziert wird.

bundesrat.de; deutscher-pflegerat.de

Pflegekammer Baden-Württemberg

Gemeinsam für eine dauerhaft starke Pflege

Das notwendige Quorum für die Errichtung der Pflegekammer Baden-Württemberg wird voraussichtlich knapp verfehlt. Der Errichtungsausschuss ist vom Votum enttäuscht. Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR), äußerte sich zur Debatte.

Vogler betonte, dass jeder Einsatz zur Verbesserung der Pflege im Land, jeder Beitrag zur Sicherstellung der zukünftigen pflegerischen Versorgung und jede Organisation, die Zusammenhalt und Wertschätzung in der Pflege fördert, bedeutend sei. Sie hob hervor, dass die zukünftige Pflegekammer in Baden-Württemberg eine fundamentale Rolle spielen werde, indem sie die Interessen und Wünsche der Pflegeprofession vertritt und für die Qualitätssicherung der Pflege eintritt. Vogler erkannte an, dass nicht alles von Anfang an perfekt laufen könne. „Eine übertriebene Erwartungshaltung an einen reibungslosen Ablauf bei der Errichtung der Pflegekammer über alle hierfür notwendigen Akteure und Mechanismen hinweg – auch jetzt bei der Registrierung – ist nicht angebracht und wird der künftigen Bedeutung dieser Institution nicht gerecht. Diese Haltung muss auch für die Kritiker gelten“, so Vogler. Sie betonte aber auch die Wichtigkeit, die Chancen und Mög-

lichkeiten, die sich durch die Pflegekammer bieten, zu nutzen.

Beruflicher Stolz unantastbar

Vogler weiter: „Rechtsanwälte, Ärzte und viele andere Berufe sind uns in diesem Bereich bereits Jahrzehnte voraus. Sie sind fest im Kammerwesen verankert, sind stolz darauf, genießen die Vorteile und zeigen dies. Wir als Pflegeprofession müssen unseren Stolz bewahren. Wir dürfen es nicht zulassen, dass uns der Stolz und unsere Rechte von anderen abgesprochen oder dass Entscheidungen wieder einmal über unsere Köpfe hinweg getroffen werden.“ Vogler rief dazu auf, sich für den Beruf und die Kammer zu engagieren und die Kompetenzen der Profession sichtbar zu machen. Sie forderte, eine Vision mit Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und Mut zu verfolgen und gemeinsam optimale Bedingungen für den Beruf zu schaffen.

Für dauerhaft starke Profession

Der DPR fordert laut Vogler, dass Politik, Kostenträger, Krankenkassen, Gewerkschaften, Verbände und Arbeitgeber sich für die Einrichtung von Pflegekammern in allen Bundesländern gemeinsam einsetzen, um die Pflege zukunftssicher zu gestalten. Vogler betonte, dass es gemeinsame Aufgabe sei, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Pflege zu schaffen und dass Pflegekammern ein Schlüsselement zum Erfolg seien.

Vogler unterstrich auch die Notwendigkeit, dass die Pflegeprofession als gleichberechtigter Partner an Entscheidungsprozessen teilnimmt. „Das setzt die Pflegekammer um. Baden-Württemberg benötigt eine Pflegekammer. Die positiven Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen unterstreichen dies. Jetzt ist es an der Zeit, in allen Bundesländern Pflege-

kammern zu etablieren – eine vorrangige Aufgabe für die Politik.“

Prüfung der Daten steht noch aus

Nach Angaben von Sozialminister Manne Lucha wird das notwendige Quorum von 60 Prozent Zustimmung für das Gremium voraussichtlich verfehlt. Der Gründungsausschuss für eine Landespflegekammer warnte davor, auf Basis vorläufiger Zahlen bereits von Tatsachen auszugehen. Die nächsten Wochen werde man für die Aufbereitung und Prüfung der Datenbasis nutzen, wie es der Prozess vorsehe, hieß es. „Jetzt aufzugeben ist keine Option, das Ergebnis muss noch geprüft und endgültig bestätigt werden“, erklärte der Vorstandsvorsitzende des Gründungsausschusses, Peter Bechtel.

Es gelte das Prüfverfahren und das daraus resultierende endgültige Ergebnis des Quorums abzuwarten, betonte auch der Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands (VPU). Sollte in Baden-Württemberg keine Pflegekammer etabliert werden können, wäre das aus Sicht des VPU „sehr bedauerlich“. Der Vorstandsvorsitzende des Verbands, Torsten Rantzsch, betonte: „Die Einführung einer Pflegekammer ist unerlässlich, um der Pflegeprofession eine starke Stimme zu verleihen und ihre beruflichen Belange wirksam zu vertreten. Durch die Schaffung einer Pflegekammer können wir die Professionalisierung und Anerkennung des Pflegeberufs nachhaltig fördern und die Qualität in der Pflege langfristig sichern.“



© Christine Vogler

DPR-Präsidentin Christine Vogler: „Pflegekammern sind ein wesentlicher Eckstein und das Fundament unserer beruflichen Zukunft.“

deutscher-pflegerat.de

Viele junge Pflegekräfte erwägen Berufsaufgabe

(Berlin) Zu viel Stress und Druck: Fast ein Drittel der Pflegekräfte unter 30 Jahren haben zuletzt darüber nachgedacht, ihren Beruf zu wechseln. Das ist deutlich mehr als in anderen Altersgruppen. Viele junge Pflegekräfte haben innerlich gekündigt und erwägen eine Berufsaufgabe. Das geht aus einer Barmer-Umfrage hervor.

Im Detail: 28 Prozent der Fachkräfte im Alter von bis zu 29 Jahren dachten 2023 aufgrund von Stress und Druck darüber nach, den Beruf aufzugeben. Das war der höchste Wert unter allen Altersgruppen. Unter den 40 bis 49 Jahre alten Pflegekräften dachten demnach

gut 18 Prozent zuletzt häufiger über eine Berufsaufgabe nach. Das war der niedrigste Wert unter allen Befragten. Die Barmer und das Institut für Betriebliche Gesundheitsberatung analysierten im Juni vergangenen Jahres Ressourcen und Belastungen von rund tausend Pflegekräften in der ambulanten und stationären Versorgung.

Innere Kündigung erzeugt oft geringe Arbeitszufriedenheit

„Pflegekräfte arbeiten häufig an der Belastungsgrenze und auch darüber hinaus“, erklärte Barmer-Vorstandschef Christoph Straub. Nötig seien deshalb

wirksame Strategien zur Bewältigung des Alltagsdrucks, wozu neben besseren Arbeitsbedingungen Selbstfürsorge und eine verantwortungsvolle Führung gehörten. Die sogenannte innere Kündigung beschreibt eine Arbeitshaltung, bei der Betroffene sich innerlich von ihren Tätigkeiten, der Kollegenschaft und von der gesamten Organisation distanzieren. Die Leistungsfähigkeit sinkt dadurch stark. Den Autoren der Studie zufolge ist eine solche Einstellung häufig direkt an eine geringe Arbeitszufriedenheit geknüpft.

barmer.de

AOK Rheinland/Hamburg verzeichnet Rekord-Krankenstand

(Düsseldorf) Laut AOK Rheinland/Hamburg verzeichnete 2023 die Region Rhein-Ruhr mit 7,18 Prozent den höchsten Krankenstand, hauptsächlich bedingt durch mehr Infektionen und psychische Erkrankungen. Beschäftigte waren durchschnittlich 26,21 Tage krank. Die Zahl der Krankenscheine stieg leicht, doch die Dauer pro Krankenschein sank, was auf kürzere, aber häufigere Krankheitsfälle hinweist.

Andreas Schmidt, Geschäftsführer des BGF-Instituts, sah einen allgemei-

nen Anstieg der Arbeitsunfähigkeitsfälle, hält es für möglich, dass dabei auch die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) eine Rolle gespielt hat und mehr Kurzzeiterkrankungen erfasst wurden, die vorher häufig nicht an die Krankenkasse gemeldet worden sind.

Pflege nähert sich Zehn-Prozent-Marke

Die Pflegebranche war mit einem Krankenstand von 9,55 Prozent besonders

betroffen. Sabine Deutscher von der AOK betont die Bedeutung besserer Arbeitsbedingungen und professioneller Unterstützung. Im Branchenvergleich zeigten Metallerzeugung, Ver- und Entsorgung sowie öffentliche Verwaltung ebenfalls hohe Werte, während die Informations- und Kommunikationsbranche mit 4,32 Prozent den niedrigsten Stand aufwies.

aok.de

Jubilare März 2024

40 Jahre

Ina Meisner, Aachen
Claudia Kirch, Vettelschoß

30 Jahre

Andreas Schäfer, Frielendorf
Bertold Becker, Frankenberg

20 Jahre

Markus Allgaier, Gorxheimertal
Handan Arican-Oehrt, Troisdorf

Stephanie Schulz, Freilassing
Bettina Hornbostel, Winsen

10 Jahre

Jan Kaiser, St. Blasien
Ines Mohr, Meißen

Jubilare April 2024

30 Jahre

Gudrun Schmitz, Uersfeld



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

10 Jahre

Romy Kramberg, Rosenthal-Bielatal
Elena Neuner, Obertrubach

© [M] Nelos / fotolia.com

Weltgesundheitstag 2024

Ein globales Bewusstsein für Gesundheit schaffen

Jedes Jahr wird am 7. April weltweit der Weltgesundheitstag begangen. Dieser Tag wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ins Leben gerufen, um an ihre Gründung im Jahr 1948 zu erinnern.

An diesem Tag setzt die Weltgesundheitsorganisation ein globales Gesundheitsthema in den Fokus, das von besonderer Bedeutung ist und das Bewusstsein für vorrangige Gesundheitsprobleme weltweit schärfen soll.

Viele Themen, die von der WHO ausgewählt wurden, zielen darauf ab, auf die kritischen Gesundheitsbedingungen in Ländern mit geringerer Versorgungsqualität aufmerksam zu machen. Sie appellieren an wirtschaftlich besser gestellte Länder, ärmeren Nationen in Zusammenarbeit mit der WHO durch finanzielle und personelle Unterstützung bei der Lösung ihrer gesundheitlichen Herausforderungen zu helfen.

In Deutschland hat sich der Weltgesundheitstag zunehmend zu einer Plattform für Information und Austausch unter Gesundheitsfachleuten entwickelt, auf der Fachtagungen und Kongresse stattfinden. Themen wie Impfschutz, Ernährung, Rauchentwöhnung,

Unfallverhütung und Familiengesundheit haben sowohl global als auch national Relevanz.

Mit der 1977 eingeleiteten Strategie „Gesundheit für alle“ der WHO rückten zunehmend Themen mit strategischer Bedeutung für die Entwicklung nationaler Gesundheitssysteme, wie primäre Gesundheitsversorgung, Gesundheitskommunikation und Gesundheitsförderung, in den Vordergrund.

Der Tag in Deutschland

In Deutschland wurde der Weltgesundheitstag erstmals im Jahr 1954 begangen. Seitdem wird er regelmäßig von der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. organisiert, die in verschiedenen Bezeichnungen seit ihrer Gründung für die fachliche Vorbereitung zuständig war. Die von der WHO vorgegebenen Themen werden auf die deutsche Situation zugeschnitten und umgesetzt, wobei viele Schwer-

punktsetzungen die jeweiligen gesundheitspolitischen Interessen und Konzepte in Deutschland widerspiegeln.

Was ist Gesundheit?

Die WHO definiert Gesundheit als einen Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens, nicht nur als die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Diese Definition wurde 1986 von der WHO weiterentwickelt, um zu betonen, dass zur Erreichung eines optimalen Gesundheitszustands Individuen und Gemeinschaften in der Lage sein müssen, ihre Bedürfnisse zu erfüllen, Wünsche und Hoffnungen zu realisieren und ihre Umgebung zu gestalten und anzupassen.

Quelle: WHO

Bayerns kostenlose Pollenflug-App

(München) Bayerns Gesundheits- und Präventionsministerin Judith Gerlach (CSU) hat darauf hingewiesen, dass Allergiker sich mit der kostenlosen bayrischen ePIN-App über den aktuellen Pollenflug informieren können. Gerlach: „Mit der App lassen sich auf dem Smartphone auch mehrere Pollenarten gleichzeitig anzeigen. Damit können sich Betroffene besser auf die aktuelle Situation einstellen und ihren Tagesablauf planen.“

Mit Hilfe von acht elektronischen Pollenflugmessstationen misst ePIN seit 2019 den aktuellen Pollenflug in Bayern. Die Messstellen befinden sich in Altötting, Feucht, Garmisch-Partenkirchen, Hof, Marktheidenfeld, Mindelheim,

München und Viechtach. Sie decken den Pollenflug möglichst repräsentativ ab. Die Daten werden alle drei Stunden aktualisiert. Sie können auch online abgefragt werden.

Nach Schätzungen sind in Bayern derzeit etwa 3,5 Millionen Menschen im Alter von 18 bis 79 Jahren von Allergien betroffen, rund 1,4 Millionen davon leiden an Heuschnupfen. „Bei Betroffenen können durch Pollenflug Atemwegsbeschwerden bis hin zu Asthma-Symptomen auftreten. Wenn es zu akuten Beschwerden kommt, sollten Betroffene in Absprache mit den Ärztinnen und Ärzten möglichst rasch passende Medikamente einnehmen, die die Symptome lindern“, so Gerlach.

Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) entwickelt die ePIN-Angebote beständig weiter. Prof. Dr. med. Caroline Herr, Amtsleiterin Gesundheit am LGL, erläuterte: „Damit Menschen mit Pollenallergie ihre Symptomatik noch besser beobachten können, wird im Laufe des Jahres 2024 ein persönlicher Tagebuchbereich in den ePIN-Apps und auf der Webseite für Nutzerinnen und Nutzer zur Verfügung stehen. Das Pollentagebuch ergänzt die Informationen zum aktuellen Pollenflug und ist künftig ein Teil unserer digitalen Anwendung für die Bevölkerung.“

epin.bayern.de; pollenflug.bayern.de

Aus den Bundesländern

Stammtisch für internationale Fachkräfte

Hessen: Regelmäßig werden Stammtische für internationale Fachkräfte aus allen Regionen Hessens angeboten, um unterschiedliche Städte und Regionen kennenzulernen. Dies ist für alle Interessierten eine gute Gelegenheit, neben neuen Regionen auch Gleichgesinnte zu treffen und eine einfache Möglichkeit der Vernetzung mit Bürgern Hessens. Wir laden Sie ein, in lockerer Atmosphäre mit uns zusammen ein paar schöne Stunden zu verbringen. Sie können sich gegenseitig kennenlernen und austauschen, auch mit anderen Menschen aus der Region oder auch aus Ihrem Berufsfeld.

Die Termine und Städte für 2024:

8. Mai, Marburg, 18-21 Uhr

20. Juni, Frankfurt, 19-22 Uhr Es besteht die Möglichkeit, internationale Fachkräfte aus anderen Berufen zu treffen und sich auszutauschen.

4. September, Marburg, 18-21 Uhr

24. Oktober, Frankfurt, 19-22 Uhr Es besteht die Möglichkeit, internationale Fachkräfte aus anderen Berufen zu treffen und sich auszutauschen.

29. November, Marburg, 15-21 Uhr Marburg by night! Die Marburger Altstadt strahlt in bunten Lichtern. Gemeinsam werden die Stadt Marburg mit einem Stadtführer und anschließend der Marburger Weihnachtsmarkt besucht.

Die Anmeldung ist telefonisch oder per E-Mail möglich: PQZ-Hessen@integral-online.de.

Mit der Anmeldung erhalten Sie auch die genaue Adresse des jeweiligen Stammtisches.

Haben Sie Fragen? Wir sind telefonisch für Sie erreichbar unter: 06421/985484.

Wir freuen uns auf Sie! Ihr Team des Pflegequalifizierungszentrums (PQZ) Hessen

Neue Ministerin

Diana Stolz (CDU) ist seit Ende Januar 2024 neue Gesundheitsministerin in Hessen. Das neu zugeschnittene Ressort heißt „Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege“. Stolz ist Vorsitzende der hessischen Frauenunion.



Ministerin Diana Stolz

Gesundheitsgipfel Mitteldeutschland

Thüringen: Der G + Gesundheitsgipfel Mitte – Kongress zur Reform des Gesundheitswesens – fand unter Schirmherrschaft des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie am 28. Februar 2024 in Weimar statt. Martina Röder und Iris Meyenburg-Altwardt nahmen für den Deutschen Pflegeverband e.V. teil. Im Rahmen des Gipfels wurden eine Reihe von Fachvorträgen zu den aktuellen Herausforderungen und Entwicklungen im Gesundheitswesen präsentiert:

- Auswirkungen der Krankenhausreform: Prof. Dr. Boris Augurzky, Leiter des Kompetenzbereichs „Gesundheit“ am RWI Leibniz Institut, gab einen Überblick über die wirtschaftlichen und strukturellen Veränderungen durch die Krankenhausreform.
- Intersektorale, patientenzentrierte Versorgung: Prof. Dr. med.

Heinrich V. Groesdonk, Ärztlicher Direktor des Helios Krankenhauses Erfurt, stellte das Konzept eines Versorgungsclusters in Thüringen vor, ein Beispiel für intersektorale Zusammenarbeit.

- Psychologische Aspekte der medizinischen Digitalisierung: Prof. Dr. Thomas Druyen, CEO der opta data Zukunfts-Stiftung gGmbH, beleuchtete die psychologischen Auswirkungen der Digitalisierung auf Patienten und Personal.
- Digitale Transformation im Gesundheitswesen: Nurgül Abdullahi von PlanFox erläuterte die erfolgreiche Einführung digitaler Lösungen am Beispiel eines Patientenportals.
- Sustainable Health Care: Prof. Dr. Dr. Alexander Brink, Universität Bayreuth, betonte die Bedeutung von Werten für eine nachhaltige Zukunft im Gesundheitswesen.
- Arbeitskultur und Fachkräftemangel: Timm Radermacher von Hashtag Gesundheit e.V. diskutierte, wie eine positive Arbeitskultur im Gesundheitswesen den Fachkräftemangel beeinflussen kann.

Ticker:

Der Landespflegerat Thüringen e.V., vertreten durch Martina Röder, nahm an den Sitzungen des Medizinischen Dienstes Thüringen am 7. Februar 2024 und 20. März 2024 teil.

Am Verbandstag Pflege der Parität Thüringen nahmen am 22. Februar 2024 Martina Röder und Anja Posevsky für den Deutschen Pflegeverband e.V. teil. Das Thema: Update Pflegeberufegesetz.

dpv-online.de

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Iris Meyenburg-Altward
Service-Point-Leiterin
m.altward.servicepoint-ni@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost Thüringen, Sachsen-Anhalt

Martina Röder
Service-Point Leiterin, Geschäftsführerin des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Manuela Ahmann
Service-Point Leiterin
ahmann.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen